

Eintretensvotum AFP

Herr Präsident, Herr Regierungsrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Nun liegen sie also vor, die regierungsrätlichen „Sparmassnahmen“ und der AFP für das kommende und die folgenden Jahre. Nach dem seit Jahren ein Sparpaket nach dem anderen geschnürt wurde, heisst auch nun wieder die Devise sparen, sparen, sparen. Und zwar egal was es kostet. Vollmundig wurde uns bei den letzten Steuersenkungen versprochen, unser Staat könne sich diese ohne künftige negativen Auswirkungen leisten. Die 5 prozentigen Steuersenkungen von 2008 wirken nun aber nach. Und wie! Mitverantwortlich sind unter anderem die massiven Mindereinnahmen bei den Firmensteuern, die Frankenaufwertung oder auch der Mehraufwand bei der Spitalfinanzierung. Aber auch die Folgen neuer Gesetze, Verordnungen und Auflagen, vorab aus Bundesbern, welche finanzielle und personelle Auswirkungen bei der Umsetzung mit sich bringen, drücken auf das kantonale Budget. Gerade letzteres hat seinen Ursprung genau in diesen politischen Kreisen, die uns nun erneut bitten, diese ihre selbst gekochte Suppe auszulöffeln. Die politischen Mehrheiten in Bund und Kanton sind nicht nur klar sondern überdeutlich. Soll mir niemand sagen, dass die GLP für die Finanzpolitik und die neuen Gesetze sowie deren Auswirkungen der vergangenen Jahre verantwortlich sei. Die Handschrift zeigt denn auch deutlich, wie sich diese präsentiert. Steuersenkungen für Firmen und Reiche und als Ausgleich Sparmassnahmen für den Rest der Bevölkerung. Dass hier sogar die vorgeschlagene Steuererhöhung von lediglich 1% im Grossen Rat keine Chance haben wird, ist so gut wie beschlossen. Dabei machen dieses 1 % gerade mal 17 Millionen aus was uns rund 21Fr. pro Kopf kosten würde. Es muss also gespart und Leistungen abgebaut werden. Unter den Sparmassnahmen sind auch solche, bei denen wir uns in der Schweiz der Lächerlichkeit aussetzen. So soll zum Beispiel auf den Blumenstraus für 100-Jährige künftig verzichtet werden. Spareffekt 3`000 Fr.! Was hingegen bei jedem Sparpaket schmerzhafter und unverständlicher wird, ist der „Spareingriff“ in die Bildung. Nächstes Jahr sollen es wieder zig Millionen sein. Die einzige wirkliche Ressource unseres Landes wird so geschröpft und an unseren Nachkommen gespart. Auch die Staatsangestellten sollen erneut auf eine Lohnerhöhung verzichten, obwohl ihnen diese

versprochen wurde. Ich mag es schon nicht mehr hören, wenn uns immer wieder erzählt wird, dass wir nur ein reines Ausgabenproblem hätten. Wir alle haben einen Lebensstandard den wir gerne so halten wollen. Sicherheit, Gesundheit, Bildung etc. haben dabei nun mal ihren Preis. Denn, wer möchte sich abends schon fürchten, wer im Spital nur die minimalsten Leistungen beanspruchen und wer möchte nicht die beste Ausbildung für seine Kinder? Natürlich muss sparsam mit allen finanziellen und ökologischen Mitteln umgegangen werden. Es darf und kann jedoch nicht angehen, dass wir einen Leistungsabbau in solchem Ausmass hinnehmen. Wenn das letzte Loch im (Spar-) Gürtel erreicht und die Zitrone ausgepresst ist, bedarf es einer Korrektur auch auf der Einnahmenseite. Natürlich ist es populärer, keine Steuererhöhungen oder zusätzliche Einnahmequellen zu verlangen. Meine Meinung ist jedoch, dass wir in guten Zeiten Steuern senken können und in schlechten Zeiten diese eben auch moderat erhöhen müssen. Das Risiko, die Zukunft meiner Kinder und Enkel negativ zu beeinflussen will und kann ich nicht eingehen. Bleibt zu hoffen und zu wünschen, dass wir hier bei der Budgetdebatte den Ausgleich zwischen Geben und Nehmen finden und uns um Ausgleich hüben und drüben bemühen.

Besten Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Roland Agustoni, GLP-Grossrat, Rheinfelden